Bezugsgebühr:
Vierteljährlich 2 Mk. 50 Pf.; durch die Post 3 Mk.

Nachdruck aller Artikel u. Original-Mittheilungen nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdn. Nachr.") zulässig. Nachträgliche Honorar-ansprüche bleiben unberücksichtigt; unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856.

Haupt-Geschäftsstelle: Marienstr. 38.

Anzeigen-Tarif.

Annahme von Ankündigungen bis Nachmittags 3 Uhr. Sonn- und Feiertags nur Marienstraße 38 von 11 bis ½1 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 20 Pfg., Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 25 Pfg.; die 2spaltige Zeile als „Eingesandt" oder auf Textseite 50 Pfg. In Nummern nach Sonn- und Feiertagen 1- bez. 2spaltige Grundzeilen 30, 40 bez. 60 und 80 Pfg. nach besonderem Tarif. Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. Belegblätter werden mit 10 Pfg. berechnet.

Fernsprechanschluß: Amt I Nr. 11 und Nr. 2096.

Lobeck & Co.
Hoflieferanten Sr. Majestät des Königs von Sachsen.
Chocoladen, Cacaos, Desserts.
Einzelverkauf Dresden, Altmarkt 2.

R. Beyer, Papier-Gross-Handlung.
Dresden-A. Am See 16 I.
Reichstes Lager aller Arten Papiere, Pappen etc. für eiligen Bedarf. Alle Anfertigungen mustergemäss prompt und billigst! Um Einholung von Offerten und Kalkulationen wird gebeten.
Billigste Preise. — Tadellose und schnellste Lieferung.

Glaswaaren
jeder Art aus den bedeutendsten Glashütten des In- und Auslandes empfehlen in reichhaltiger Auswahl
Wilh. Rihl & Sohn, Königl. Hoflieferanten,
Neumarkt 11. Fernsprechstelle A. I. 6081.

Julius Schädlich
Am See 16, part. u. I. Et.
Beleuchtungs-Gegenstände
für Gas, elektr. Licht, Petroleum, Kerzen.

Regenschirme aparte Neuheiten aller Preislagen empfiehlt in grosser Auswahl **C. A. Petschke, Wilsdrufferstr. 17,** Pragerstrasse 46, Amalienstrasse 7.

Nr. 296. Spiegel: Englands innere Politik. König Georg in Leipzig. Postauftraggelder. Dörrobst. Centraltheater. Gerichtsverhandl. „Hoffnung"-Concert. Börsenwochenbericht. | Muthmaßliche Witterung: Kühl, veränderl., später aufklarend. | **Sonntag, 26. Oktober 1902.**

Für die Monate

November und December

abonniren die Leser in

Dresden und dessen Vororten
Blasewitz, Plauen, Löbtau

bei der Hauptgeschäftsstelle Marienstr. 38 und den allerwärts befindlichen Annahmestellen zum Preise von

1 Mark 70 Pfg.

Bei den Kaiserlichen Postanstalten im Deutschen Reichsgebiete werden Bestellungen zu 2 Mark, in Oesterreich-Ungarn zu 2 Kronen 96 Hellern angenommen.

Für je einen Monat stellt sich der Bezugspreis in Dresden und Vororten bei der Hauptgeschäftsstelle auf 90 Pfg., bei den Kaiserl. Postanstalten im Reichsgebiete auf 1 Mk. und in Oesterreich-Ungarn auf 1 Kr. 43 Heller.

Geschäftsstelle der „Dresdner Nachrichten".

Zur inneren Politik Englands.

Vor den schweren Sorgen der auswärtigen Politik mußten in den letzten Jahren in England die innerpolitischen Fragen und Aufgaben vollständig in den Hintergrund treten. So lange es sich während des südafrikanischen Krieges darum handelte, die Weltmachtstellung Großbritanniens aufrecht zu erhalten und vor allen Gefahren sicher zu stellen, konnte naturgemäß die innere Politik nur ein untergeordnetes Interesse beanspruchen. Der nationale Egoismus unserer Vettern jenseits des Aermelkanals erweist sich als so stark, daß es auch die oppositionellen Elemente als ein selbstverständliches Gebot erachten, innerpolitische Meinungsverschiedenheiten nicht aufzuwerfen und auf die Spitze zu treiben, wenn das vaterländische Gesammtwohl auf dem Spiele steht. In den letzten Wahlkämpfen vor zwei Jahren ist zwar von dem radikalen Flügel der liberalen Partei die imperialistische Politik des Kabinets Salisbury scheinbar mit großem Eifer befehdet worden, besonders auch durch den Hinweis auf die vielfach reformbedürftigen inneren Zustände; indeß lagen hier doch mehr wahltaktische Manöver vor. Einen ernst gemeinten Versuch, die schicksalsschweren Entscheidungen, die sich im Süden des afrikanischen Kontinents vollzogen, durch das Aufrollen innerpolitischer Probleme zu durchqueren und zu erschweren, hat die Opposition nicht gewagt. Vor den großen Aktionen des Chamberlain'schen Chauvinismus war es anders. Da dominirte die innere Politik dergestalt, daß man sich in den weitesten Volkskreisen mit den auswärtigen Angelegenheiten wenig oder gar nicht befaßte. Zu Gladstone's Zeiten, dessen schwächste Seite die auswärtige Politik bildete, beherrschten fast ausschließlich die inneren Fragen, wie z. B. die irische und zuletzt die Oberhausfrage, die Gemüther, und vor wenigen Jahren noch wurde das öffentliche Interesse von dem wirthschaftspolitischen Streit absorbirt, ob steigende Staatsausgaben durch indirekte oder durch direkte Steuern aufgebracht werden sollen.

Nachdem der Friedensschluß von Vereeniging England von dem schweren Alpdruck, der bald drei Jahre lang auf ihm lastete, befreit, seine bedrohte Weltstellung gerettet und sein bereits bedenklich schwankendes Prestige auf's Neue gefestigt hat, gewinnt die öffentliche Meinung allmählich wieder Interesse für die unmittelbaren eigenen Angelegenheiten des Landes. Das Recht der äußeren Politik auf Alleinherrschaft hat aufgehört, seit das große imperialistische Ziel in Südafrika erreicht ist, und dem politisirenden Theile des britischen Volkes kehren in's Bewußtsein zurück die Bedürfnisse und Sorgen des innerstaatlichen Lebens, das in vielen Beziehungen zurückgegangen ist, weil hier seit Jahren jeder Fortschritt aufgehört hat. In der gegenwärtigen Parlamentstagung wird das konservative Ministerium zum ersten Male auf innerpolitischem Gebiete eine Probe auf seine Befähigung und die Festigkeit seines Bestandes abzulegen haben. Die zweifellos bedeutsamen Erfolge, welche die gegenwärtige Regierung in Südafrika errungen hat, bieten keine unbedingt sichere Gewähr, daß sie auch den innerpolitischen Anforderungen, die nunmehr an sie gestellt werden, gewachsen sein wird, zumal sie noch keine Gelegenheit gehabt hat, ihr innerpolitisches Programm zu entwickeln. Auf die fest geschlossene Einheitlichkeit, mit der ihre äußere Politik von der konservativ-unionistischen Partei unterstützt wurde, darf sie von vornherein bei inneren Angelegenheiten, abgesehen von den irischen Fragen, nicht mit Zuversicht rechnen; auf innerpolitischem Gebiete schließt die Regierungspartei vielmehr mancherlei unausgeglichene Meinungsdifferenzen und Interessengegensätze ein, die Klippen bieten, an denen das Ministerium trotz seiner vorläufig die Opposition an Stärke weit überragenden Gefolgschaft scheitern kann.

Zunächst ist es vorwiegend die Unterrichtsfrage, die das Hauptthema der zu erwartenden parlamentarischen Kämpfe bildet. In der Vertretung und Durchführung der Schulreformvorlage, die er von seinem Onkel und Amtsvorgänger Salisbury übernommen hat, wird sich Balfour als neuer Ministerpräsident zu bethätigen haben. Bis zu der Schulbill des Jahres 1870 befand sich das Volksschulwesen in England auf einem weit tieferen Niveau, als in allen übrigen europäischen Kulturstaaten. Die Hälfte der schulpflichtigen Kinder erhielten so gut wie gar keinen regelrechten Schulunterricht. Erst die Schulakte des Jahres 1870 zwang die Gemeinden, zur Herstellung und Verwaltung der nöthigen Elementarschulen Sorge zu tragen. In diesen Gemeindeschulen darf zwar die Bibel gelesen und erklärt werden, dogmatischer Religionsunterricht ist jedoch ausgeschlossen. Neben den Gemeindeschulen bestehen sog. „freiwillige" Schulen (voluntary schools), und zwar in solcher Anzahl, daß etwa die Hälfte der Schuljugend in ihnen unterrichtet wird. Diese „freiwilligen" Schulen werden von der Geistlichkeit geleitet und wurden bisher aus freiwilligen Geldbeiträgen der Kirchengemeinden erhalten. Sie haben daher einen streng konfessionellen Charakter, während in den Gemeindeschulen der Religionsunterricht, wie bereits bemerkt, nicht nach streng konfessionellen Grundsätzen ertheilt wird, so daß daran alle der anglikanischen und der katholischen Kirche nicht angehörigen Schulkinder — Nonconformisten, d. h. mit der anglikanischen Staatskirche nicht Uebereinstimmende — theilnehmen können. Nach dem vorliegenden Schulgesetzentwurfe sollen fortan auch die „freiwilligen" Schulen als öffentliche Anstalten anerkannt und in Folge dessen wie die Gemeindeschulen staatliche Zuschüsse erhalten.

Der Hauptwiderstand gegen diese Schulreformvorlage geht vorzugsweise von den Nonconformisten oder dissidentischen Sekten aus, deren Einfluß nicht unterschätzt werden darf, da sie über Millionen von Anhängern verfügen. In diesen Kreisen, die parlamentarisch hauptsächlich von den Liberalen und den Unionisten vertreten werden, befürchtet man, daß vermöge der staatlichen Unterstützung die konfessionellen Schulen, also diejenigen der anglikanischen Hochkirche und der Katholiken, allmählich über die nichtkonfessionellen Gemeinde-Schulen das Uebergewicht erlangen, sodaß sich schließlich viele Nonconformisten gezwungen sehen würden, ihre Kinder in die anglikanischen Schulen zu schicken und sie dort nach dem Katechismus der Staatskirche unterweisen zu lassen. Diese Befürchtung begründet man damit, daß der Staat das natürliche Bestreben haben werde, die Schulen der Staatskirche vor den Gemeindevolksschulen zu bevorzugen und so das Unterrichtswesen der anglikanischen Geistlichkeit zu überantworten. Hierzu kommt noch die weitere Besorgniß, daß das neue Unterrichtsgesetz außerdem dazu beitragen müsse, den ohnehin wachsenden Einfluß der katholischen Kirche zu erweitern und zu verstärken. Dieser Umstand verleiht den gegenwärtigen Berathungen über den Unterrichtsgesetzentwurf insofern ein besonderes politisches Interesse, als die katholischen Iren in das Dilemma gerathen, ob sie die Vorlage, von der sich ihre Kirche Vortheile verspricht, unterstützen oder ob sie es vorziehen sollen, ihrem nationalen Haß gegen die englische Regierung Rechnung zu tragen und gegen das Kabinet Balfour zu stimmen.

Eine praktische Bedeutung würde die Stellungnahme der Iren nur dann erlangen, wenn sich die Hoffnung, die die Liberalen zu hegen scheinen, verwirklichen sollte, daß nämlich die Schulreformvorlage die Gelegenheit bietet, die Reihen der liberalen Partei, die sich in den Fragen der äußeren Politik gespalten hat, wieder zu schließen und hiermit zu einem wirksamen Ansturm gegen die Regierung zu befähigen. Die Opposition erwartet überdies, daß sie im Kampfe gegen die Reformbill von einem Theile der Konservativen und vornehmlich von den Unionisten unterstützt wird, die bisher einen so festen Bestandtheil der Regierungspartei gebildet haben. Allerdings würden mindestens 100 von den Gefolgsmannen der heutigen Machthaber abtrünnig werden müssen, wenn die Opposition die Mehrheit erlangen sollte. Dabei wäre vorauszusehen, daß auch die Iren gegen das Kabinet votiren; und das würde wohl der Fall sein, wenn sich ihnen wirklich die Aussicht erschlösse, das Ministerium Balfour zu stürzen. Vor den politischen Interessen der nationalistischen Irländer würden dann sicher die kirchlichen zurücktreten müssen. Aber es ist zunächst doch wenig wahrscheinlich, daß die Unterrichtsvorlage zu der Klippe wird, an der das Kabinet scheitert. Denn fraglich bleibt es, ob die liberale Opposition gegen den Schulgesetzentwurf geschlossen auftreten wird und weiter, ob die Unionisten ihrem früheren Führer Jos Chamberlain die Gefolgschaft verweigern werden, zumal das Ministerium von Haus aus erklärt hat, daß es mit dem Schulgesetz steht und fällt, andererseits aber bereit ist zu Aenderungen und Zugeständnissen. Diese werden dann voraussichtlich so beschaffen sein, daß der Widerstand im eigenen Lager verstummt.

Neueste Drahtmeldungen vom 25. Oktober.

(Nachts eingehende Depeschen befinden sich Seite 4.)

Berlin. (Priv.-Tel.) Reichstag. Bei anfänglich ganz schwacher Besetzung wird die Berathung der Zollvorlage, Bestimmungen über die Mindestsätze, fortgesetzt bei Tarifstelle Rindvieh. Die Regierungsvorlage enthält hierfür keine Mindestzollsätze und setzt die Sätze des autonomen Tarifs wie folgt fest: Bullen und Kühe pro Stück 25 Mk., Jungvieh 15 Mk., Kälber 4 Mk. pro Stück, ferner Ochsen 12 Mk. pro Doppelcentner Lebendgewicht. Die Kommission hat beschlossen, für Rindvieh unterschiedslos 18 Mk. pro Doppelcentner Lebendgewicht, und als Mindestsätze 20 Prozent weniger, also 14,40 Mk. pro Doppelcentner Lebendgewicht. Ein Antrag Wangenheim verlangt als Mindestsatz 18 Mk. pro Doppelcentner Lebendgewicht. — Der Referent, Abg. Herold, erstattet ausführlich Bericht über die Verhandlungen der Kommission und empfiehlt dann deren Beschlüsse. Der Antrag Wangenheim habe der Kommission nicht vorgelegen, er könne aber nur empfehlen, ihn abzulehnen. — Abg. Bebel (Soz.): Nachdem das Haus schon bei den Mindestzöllen für Roggen und Weizen, Gerste und Hafer das „Unannehmbar" der Regierung unbeachtet gelassen habe, müßte eigentlich in einem konstitutionellen Staate die Folge die sein, der Reichskanzler müßte beim Kaiser entweder auf Auflösung des Reichstags dringen, oder, falls dies abgelehnt werde, seine Entlassung nehmen. Für die Mitglieder des Hauses sei es doch bei der jetzigen Lage der Dinge eine reine Menschenquälerei, Reden zu halten und Reden anzuhören. (Beifall. Heiterkeit links.) Seine Freunde würden keine Obstruktion machen, sondern nur auf eine erschöpfende, sachliche Behandlung jedes einzelnen Punktes der Vorlage dringen (Heiterkeit), damit das Volk im Lande ganz genau erfahre, um was es sich hierbei handele, und sie würden auch überall auf namentliche Abstimmung dringen (Heiterkeit links), damit das Volk die Namen Derjenigen erfahre, die in diesen wichtigen Fragen für und wider gestimmt haben. Eine Nothlage der Landwirthschaft werde von seinen Freunden nicht völlig geleugnet, aber erstens werde die Nothlage übertrieben und dann sei sie zum großen Theile selbstverschuldet. Der Betrieb der Landwirthschaft müßte der sorgsamste sein, und die Landwirthe müßten ihre Lebenshaltung mehr mit den Erträgnissen ihrer Betriebe in Einklang bringen. In Dänemark sei die auf landwirthschaftlichen Unterrichtsanstalten erworbene Intelligenz der Landwirthe eine weit größere als bei uns, und auch das Genossenschaftswesen sei dort weit mehr entwickelt. Bei uns sei die Landwirthschaft das verzogene Lieblingskind der Regierung (Sehr richtig links), sonst hätten die Herren v. Kanitz und Genossen es gar nicht wagen dürfen, der Regierung eine solche Opposition zu machen. (Graf Kanitz ruft: Die Großindustrie ist Ihr Lieblingskind!) Herr Graf, ich bestreite das! Wenn Sie im Fortgang dieser Berathungen Ihre Anträge auf niedrigere Industriezölle einbringen werden, werden Sie uns stets an Ihrer Seite finden. Die Landwirthschaft, führt Redner aus, sei nicht im Absteigen, sondern im Aufsteigen, zumal hinsichtlich der Viehzucht. Man könnte deshalb ruhig die Zölle herabsetzen, anstatt sie zu erhöhen. (Sehr richtig links.) Redner wendet sich dann zur Fleischnoth und bestreitet, daß bei den Einfuhrverboten lediglich sanitäre Gründe ausschlaggebend gewesen seien. Vom April 1903 ab ständen weitere Einfuhrverbote für Lebern, Herzen usw. bevor zum Ruin der einschlägigen Wurstfabrikation. Sie schützen freilich sanitäre Gründe vor, während Sie Ihren Arbeitern auf dem Lande wer weiß was für Fraß vorsetzen. Hat doch in Mecklenburg eine Frau v. Levetzow ihren Leuten das scheußlichste Fleisch zu essen gegeben. Was für ein gemeingefährliches Gesetz haben Sie erst wieder zur Durchführung des Fleischschaugesetzes in Preußen gemacht! Sie verstehen es, in der raffinirtesten Weise ihre nacktesten Klasseninteressen wahrzunehmen. (Lebhafter Widerspruch rechts.) Charakteristisch sei es, wie man jetzt den Grenzverkehr beschränken wolle, obwohl er zu keinerlei Verseuchungen und gesundheitlichen Schädigungen geführt habe. Wenn Herr v. Podbielski könnte, wie er wollte, würde er nie die Mindestzölle für Vieh annehmen. Als Minister dürfe er das aber nicht. Ein absolutes Oeffnen der Grenzen verlangen auch wir nicht, wir wollen aber Einfuhr unter loyaler, nicht schikanöser Kontrole. Redner wirft dem Minister v. Podbielski vor, sich zum Agenten der Viehcentrale gemacht zu haben. Ein Skandal sei es, daß die Kommissionsbeschlüsse gerade das relativ germanwerthigste Fleisch am meisten belasteten. Das Maß von Habgier, das die Agrarier hier bewiesen, gehe weit über alles bisher Dagewesene hinaus. Sie seien es, die auf solche Weise Haß und Verachtung gegen den Staat säen; aber sie würden bei den nächsten Wahlen auch etwas erleben. Jeder Arbeiter, der noch einem Anhänger des Zolltarifs seine Stimme gebe, sei ein Mörder der Familie. Weiter bestreitet Redner, daß der kleine Bauer von höheren Rindviehpreisen, und somit von höheren Rindviehzöllen, Nutzen habe. Das Rindvieh des kleinen Bauern, das die Statistik aufweise, sei im Wesentlichen Zugvieh, und gerade dessen Vertheuerung schädige den Bauer. Die Mehrbelastung allein durch die Sätze der Vorlage betrage mehr als 1 Milliarde Mk. Wollten wir auf der Linken das mitmachen, wären wir werth, daß die Arbeiter uns aus diesem Hause herauswiesen. (Beifall links.) — Landwirthschaftsminister v. Podbielski weist die vom Vorredner ausgesprochene Unterstellung, daß die Thierärzte auf dem Lande Agenten der Agrarier wären, als eine durchaus unberechtigte Verdächtigung zurück. Bebel irre ferner, wenn er behaupte, daß heutzutage die Rindviehzucht rentabel sei. Auch die Milchviehzucht sei unlohnend, wenn der Preis der Milch ein so niedriger sei. Auch über die Höhe der Landarbeiterlöhne habe sich Bebel geirrt. Einschließlich 3 Mark Vorlohn betrage der Lohn, wenn man die Naturalien hinzunehme, mindestens 340 Mk. Ueber die Fleischnoth fänden noch Erhebungen statt. Der werthvolle Viehbestand Deutschlands müsse jedenfalls geschützt werden. Aus Rußland seien von Januar bis einschließlich September 54 400 Schweine eingeführt, und davon seien immerhin 23 als trichinös, sowie 875 als mit Finnen behaftet befunden worden. Das zeige, daß man vorsichtig sein müsse, wenn auch allerdings bei sofortigem Abschlachten die Gefahr sich verringere. Auch sonst mahne die Verbreitung der Maul- und Klauenseuche bei Schweinen und Rindvieh in Rußland zur Vorsicht. Bebel selbst wolle ja nur eine bedingte Oeffnung der Grenze mit Kontrole; aber, so wie der Verkehr groß werde, sei die Kontrole schwierig. Bebel berührte das Borsäureverbot, aber auch anderwärts, so in Frankreich, sei

Frische und sterilisirte **Kinder-Milch** (Trocken-Fütterung.)
Milchkur-Anstalt „Sanitas"
Max Winkler, Zschertnitz 79,
Hoflieferant Sr. Königl. Hoheit des Kronprinzen von Sachsen.